

Antrag

der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, Jürgen Koppelin, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt/Main), Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Für eine kohärente Ostseepolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 1. Juli 2000 übernimmt die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz im Ostsee-Rat. Der im März 1992 auf eine deutsch-dänische Initiative hin erstmals zusammengetretene Ostsee-Rat ist das einzige politische Gremium, in dem alle Ostseeanrainerstaaten sowie Norwegen, Island und die Europäische Union zusammengeschlossen sind. Sein Ziel ist, die Kooperation und die Koordinierung der Aktivitäten der Ostseeanrainer zu fördern, die Ostseeregion in politischer, wirtschaftlicher und struktureller Hinsicht zu stärken und die politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in den östlichen Anrainerstaaten zu unterstützen.

Die Gründung des Ostsee-Rates war eine Konsequenz der Beendigung des Ost-West-Konfliktes. Seither hat sich die politische Geographie im Ostseeraum grundlegend gewandelt. Deutschland ist wie kaum ein anderer Anrainerstaat von den Entwicklungen rund um die Ostsee unmittelbar betroffen. Stabilität und Sicherheit in der gesamten Region durch multilaterale Zusammenarbeit, durch Abbau des Ost-West-Wohlstandsgefälles, durch die Heranführung Polens und der baltischen Staaten an die Europäische Union, durch die Öffnung des Nordatlantischen Bündnisses und die Einbindung der Russischen Föderation liegen im vorrangigen deutschen außenpolitischen Interesse. Die Wahrnehmung dieses Interesses kann nur auf Grundlage effizienter und belastbarer regionaler Kooperationsinstrumente erfolgen. Die nunmehr seit 10 Jahren unternommenen Bemühungen um engere Ostseekooperation haben jedoch zu einem kaum noch zu übersehbaren Geflecht von Gremien und Organisationen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene geführt. Hierzu gehört neben dem Ostsee-Rat die Konferenz der Subregionen, die Union der Ostseestädte und die jährliche Konferenz der Parlamentarier der Ostseeanrainer sowie auf der Nichtregierungsebene ein dichtes Netzwerk von etwa 70 verschiedenen Organisatio-

nen und Initiativen. Auch 8 Jahre nach seiner Gründung ist der Ostsee-Rat trotz aller Bemühungen immer noch weit davon entfernt, seine Koordinierungsrolle effektiv wahrzunehmen. Mit der Übernahme des Vorsitzes im Ostsee-Rat hat die Bundesregierung die Gelegenheit, den Ostsee-Rat seinem Ziel einer effizienten Koordinierung der bestehenden Kooperationsformen ein Stück näher zu bringen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. ihren bevorstehenden Vorsitz im Ostsee-Rat zu nutzen, um vorhandene Strukturen der Zusammenarbeit im Ostseeraum besser zu koordinieren und damit zu einem höheren Maß an Kohärenz in der europäischen Ostseepolitik beizutragen.
2. in diesem Zusammenhang ein Höchstmaß an Kohärenz zwischen den Aktivitäten der Europäischen Union und des Ostsee-Rates herzustellen.
3. dabei insbesondere zu prüfen, inwieweit eine Vereinheitlichung der Vorsitzzyklen in der Europäischen Union und im Ostsee-Rat ein nützlicher Beitrag zur Herstellung von mehr Kohärenz sein könnte.
4. im Rahmen ihres Ostsee-Ratsvorsitzes eine Initiative zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern im Bereich der Investitionen, der Infrastrukturmaßnahmen sowie bei der Integration der Energiemärkte zu ergreifen.
5. konkrete Schritte zur weiteren Umsetzung der im Zweiten Ostseerat 1998 in Riga verabredeten Zusammenarbeit vor allem in folgenden Bereichen einzuleiten:
 - die aktive Beteiligung des Ostsee-Rates an der Vorbereitungsstrategie im Rahmen der EU-Erweiterung,
 - die aktive Einbeziehung Russlands in die Ostseekooperation,
 - den Abbau von Handelshemmnissen sowie
 - praktische Maßnahmen zu Umweltschutz, beim Jugendaustausch und im Bereich der Hochschulen.
6. dafür Sorge zu tragen, dass die im Aktionsprogramm zur Agenda 21 und in den „Visionen und Strategie rund um die Ostsee“ definierten Umweltmaßnahmen im Rahmen des deutschen Ostsee-Ratsvorsitzes umgesetzt werden.
7. in diesem Zusammenhang insbesondere eine Initiative der Ostseeanrainerstaaten zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung und zur Verbesserung des Küstenschutzes zu ergreifen.
8. im Rahmen der Straffung der Ostseekooperation das vorhandene Netzwerk der Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und wissenschaftlichen Institutionen unter dem Dach des Ostsee-Rates zusammenzuführen.
9. im Rahmen ihres Ostsee-Ratsvorsitzes ferner dafür Sorge zu tragen, dass sich der Ostsee-Rat der besonderen Situation der russischen Enklave um Königsberg/Kaliningrad annimmt und bei der Lösung der offenen Fragen in den Bereichen Sicherheits-, Wirtschafts- und Visapolitik aktiv mitwirkt.
10. für eine baldige Umsetzung der beim letzten Ostsee-Ratsgipfel im dänischen Kolding beschlossenen näheren Anbindung des Ostsee-Rates an das Programm der „Nördlichen Dimension“ der EU, die u. a. eine intensivere regionale Zusammenarbeit mit Russland vorsieht, einzutreten.

11. den Ostsee-Ratsvorsitz für eine Beilegung der Unstimmigkeiten über das Amt des „Menschenrechtsbeauftragten des Ostsee-Rates“ zu nutzen und sich für ein Mandat einzusetzen, das die Interessen der Russischen Föderation, der baltischen Staaten und der übrigen Ostseeanrainer in Einklang bringt.

Berlin, den 27. Juni 2000

Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Irmer
Jürgen Koppelin
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Walter Hirche
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Gudrun Kopp
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt/Main)
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Marita Sehn
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

